

Die Geopolitik Ozeaniens – Die pazifischen Inseln

17.01.2024

Abstract

Dieses Paper analysiert die Geopolitik Ozeaniens mit den pazifischen Inselstaaten und die geopolitische Rolle kleiner Staaten im Allgemeinen. Ozeanien mit seinen drei Regionen Melanesien, Polynesien und Mikronesien ist ein Gebiet wachsenden geopolitischen Wettbewerbs zwischen den westlichen Staaten Australien, Neuseeland, Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Japan auf der einen Seite und China auf der anderen Seite. Die wichtigste Institution ist das Pacific Island Forum PIF mit Australien, Neuseeland, den französischen Territorien Französisch-Polynesien und Neukaledonien, den 14 ozeanischen Staaten Fidschi, Kiribati, Cookinseln, Papua-Neuguinea, Marshallinseln, Niue, Salomonen und den Föderierten Staaten Mikronesien, Samoa, Vanuatu, Nauru, Tonga, Palau und Tuvalu. Amerikanisch-Samoa, Guam und die Nördlichen Marianen haben Beobachterstatus. Die Hauptpfeiler des westlichen Einflusses in Ozeanien sind: 1. Verteidigung und Sicherheit, 2. Bindung lokaler Währungen an westliche Währungen, 3. Entwicklungshilfe und 4. Assoziierung mit westlichen Staaten oder ein Status als abhängige Gebiete. Viele Inseln verwenden den US-Dollar, den Australischen Dollar oder den Neuseeländischen Dollar oder sind an diese gebunden. Die meisten Inseln erreichen trotz Entwicklungshilfe von Australien, den Vereinigten Staaten, China, Frankreich und Japan kein Staatsbudget von 100 Millionen US-Dollar. Die Föderierten Staaten von Mikronesien, die Republik der Marshallinseln und Palau stehen in freier Assoziation mit den Vereinigten Staaten, während Niue und die Cookinseln mit Neuseeland assoziiert sind. Die pazifischen Inselstaaten werden durch Naturkatastrophen, Armut und schwierige Regierungsführung herausgefordert. Große Teile Ozeaniens sind durch den Anstieg des Meeresspiegels (Überschwemmung) bedroht, der zur Küstenerosion und Versalzung der Süßwasserreserven beiträgt. Die globale Erwärmung mit steigendem Kohlendioxidgehalt trägt zu einer Versauerung des Meerwassers bei, was zur Korallenbleiche und in der Folge zu einer Verringerung der Fischbestände führt. Jüngste geologische Untersuchungen haben jedoch gezeigt, dass viele pazifische Inseln mit steigendem Meeresspiegel aufgrund von Sedimentation wachsen. Die Situation in Ozeanien weist manche Ähnlichkeiten mit den kleinen Inselstaaten im Karibischen Meer auf. Laut dem informellen UN-Forum of Small States (FOSS) mit mehr als hundert Mitgliedsstaaten sind Kleinstaaten solche mit einer Bevölkerung von weniger als 10 Millionen Menschen. In internationalen Organisationen sind kleine Staaten mit einem asymmetrischen Zugang zu Informationen, Kapazitätsbeschränkungen und strukturellen Hindernissen für eine vollständige Beteiligung konfrontiert. Andererseits haben sie aufgrund des weit verbreiteten „Ein Land – eine Stimme“-Prinzips ein höheres Pro-Kopf-Gewicht in Abstimmungsverfahren. Ein besonderes Thema ist der Rechteverkauf, z.B. Lizenzen für Fischerei, Bergbau, Kommunikation oder Transport. Je kleiner der Staat, desto relevanter sind die Einnahmen aus diesen Tätigkeiten für den Staatshaushalt. Während solche Aktivitäten rechtmäßig und legitim sind, gibt es auch Praktiken wie den Stimmenkauf und den Verkauf von Pässen und Titeln. Große Staaten versuchen, gegen Geld die Stimme kleinerer Staaten zu erhalten, was Einfluss auf UN-Abstimmungen und diplomatische Anerkennungen haben kann (Dollardiplomatie). Ein ähnliches Phänomen ist die Günstlingswirtschaft, d.h. befreundete Staaten erhalten mehr Entwicklungshilfe oder Kredite. Einige kleine Staaten verkaufen Pässe und Titel. Der geopolitische Wettbewerb zwischen dem Westen und China verschärft sich. Chinas Ansatz besteht darin, seinen Einfluss auszuweiten und die militärische Macht der USA durch die Ausweitung der Frontlinien zu schwächen. Der Wettbewerb umfasst eine Vielzahl von Aktivitäten (Tourismus, Medien, Fischerei, Investitionen, Entwicklungshilfe, Tiefseekabel) und als Reaktion auf Chinas Vorstöße intensivieren die westlichen Staaten ihr diplomatisches, wirtschaftliches und militärisches Engagement in der Region.

Inhalt

1 Übersicht	3
1.1 Die Karte von Ozeanien	3
1.2 Kurze Geschichte	5
1.3 Institutionen.....	6
1.4 Pfeiler des westlichen Einflusses.....	7
1.4.1 Verteidigung und Sicherheit.....	7
1.4.2 Bindung lokaler Währungen.....	7
1.4.3 Entwicklungshilfe.....	8
1.4.4 Assoziierung mit westlichen Staaten.....	8
2 Politische Herausforderungen	9
2.1 Einführung.....	9
2.2 Klima.....	10
2.3 Unabhängigkeitsbewegungen.....	11
2.4 Parallelen zu den Karibischen Inseln	12
3 Die Geopolitik kleiner Staaten	12
3.1 Einführung.....	12
3.2 Verkauf von Rechten.....	13
3.2.1 Tuvalu – eine Fallstudie	13
3.2.2 Bergbau	14
3.2.3 Stimmenkauf	14
3.2.4 Pässe und Titel.....	15
4 Konkurrenz zwischen dem Westen und China.....	16
5 Zusammenfassung	18
6 Literaturverzeichnis.....	20

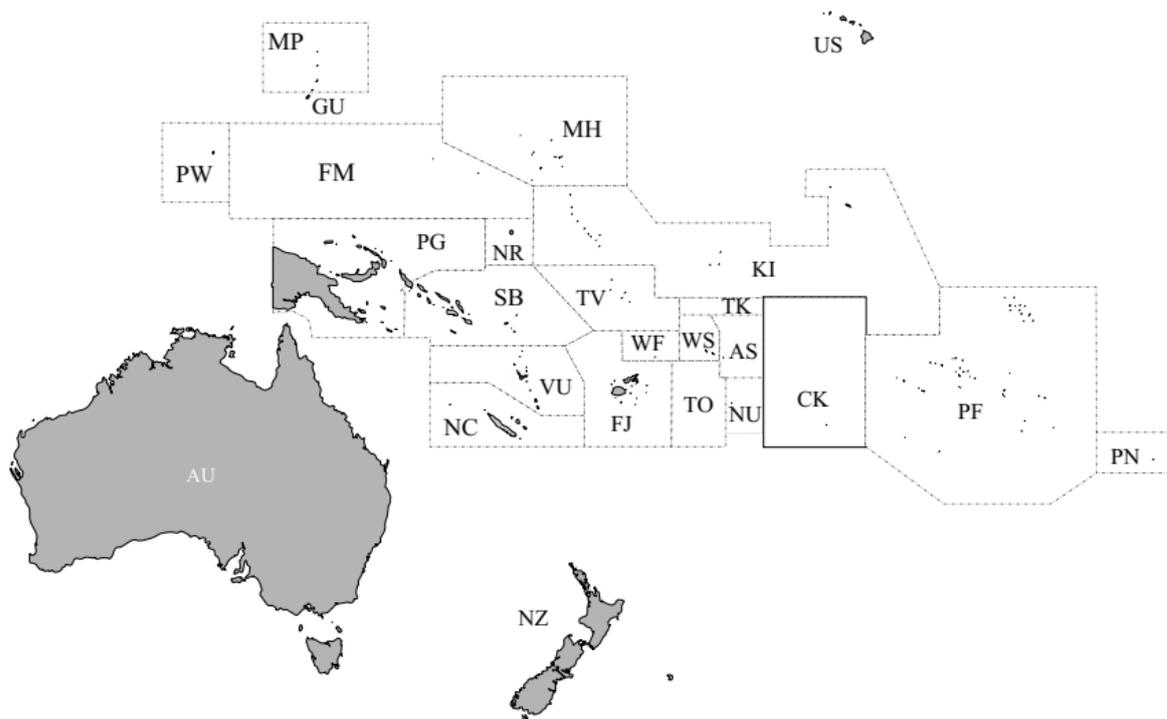
1 Übersicht

1.1 Die Karte von Ozeanien

Ozeanien mit seinen pazifischen Inselstaaten ist ein Gebiet, in dem der geopolitische Wettbewerb zwischen den westlichen Staaten wie z.B. Australien und den Vereinigten Staaten auf der einen Seite und China auf der anderen Seite zunimmt. Ozeanien besteht aus den ehemaligen britischen Kolonien Australien und Neuseeland, die zusammen mit Frankreich und den Vereinigten Staaten die meisten anderen Staaten schützen. Australien ist immer noch die wichtigste militärische, politische und wirtschaftliche Regionalmacht.

Als die pazifischen Inselstaaten in den 1970er-Jahren unabhängig wurden, erhielten sie abgegrenzte Seegebiete als ausschließliche Wirtschaftszonen (AWZ), um sicherzustellen, dass sie über ein zusammenhängendes Territorium verfügen. Die meisten pazifischen Inselstaaten zeichnen sich daher durch kleine Landmassen und große Meeresflächen aus. Kiribati hat beispielsweise eine Landfläche von 811 km², bedeckt aber 5,2 Millionen km² Meeresoberfläche¹.

Die Karte zeigt den Stand im Januar 2024, gefolgt von einer Liste mit Landnamen, ggf. Beziehungen zu westlichen Staaten, Landmasse und Einwohnern.



Map of Oceania

Source/Author: Carte de l'Océanie, avec le code des pays et territoires

Date 26 November 2016

Original map: Fonadier. Derived map: SenseiAC No changes made here.

Page URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Oceania_grey_map_with_country_codes.svg

License: CC-BY-SA 3.0 DEED via Wikimedia Commons

Link to license: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

For abbreviations see country list below.

¹ vgl. Lum/Vaughn 2017

Die ozeanischen Gebiete

Staat	km ²	Einwohner	Länderkennung (engl.)
Australien	7,686,850	21,050,000	AU
Geschützt von Australien, keine eigene Armee*			
Nauru (ehemals Pleasant Island)	21	10,600	NR
Neuseeland (NZ) , in Maori: Aotearoa	268,680	4,108,037	NZ
Cook Inseln (NZ)**	237	14,974 ²	CK
Tokelau (NZ)	10	1,431	TK
Niue (NZ)** ehemals Savage Island	260	1,190	NU
Geschützt von Neuseeland, keine eigene Armee			
Samoa auch bekannt als West-Samoa	2,944	218,764	WS
US Gebiete****			
Nördliche Marianen (USA)	477	77,311	MP
Guam (USA)	549	160,796	GU
Amerikanisch-Samoa (USA)	199	44,000 ³	AS
US Pacific Remote Island Area PRIA (USA), Wake island and Midway island southwest of Hawaii			
Geschützt von USA, keine eigene Armee			
Föderierte Staaten von Mikronesien FSM***	702	105,216	FM
Republik der Marshall Inseln RMI***	181	72,191	MH
Palau***	458	21,265	PW
Kiribati (ehemals Gilbert Inseln)*	811	105,711	KI
Französische Überseegebiete			
Neukaledonien	19,060	207,858	NC
Wallis und Futuna ⁴	274	11,558	WF
Französisch-Polynesien	4,167	257,847	PF
Britische Gebiete			
Pitcairn Inseln (UK) ⁵	47	46	PN
Papua Neuguinea	462,840	9,949,437 ⁶	PG
Fidschi	18,270	924,610	FJ
Tonga	748	106,017	TO
Tuvalu (ehemals Ellice Inseln)	26	10,869	TU
Salomonen	28,450	707,851	SB
Vanuatu (ehemals Neue Hebriden)	12,200	308,385 ⁷	VU
International Seabed Authority ISA (Internationale Meeresbodenbehörde der UN)			
Clarion-Clipperton-Zone (nordöstlich von Kiribati, zwischen Kiribati, Hawaii und Mexiko) ⁸ , verwaltet von der Internationalen Meeresbodenbehörde der Vereinten Nationen (ISA)	Multinationale Zone für den Abbau polymetallischer Knollen am Meeresboden, derzeit von China, Japan, Russland, Korea, Belgien, Singapur und dem Vereinigten Königreich, einem Konsortium (Bulgarien, Kuba, Tschechische Republik, Slowakei, Polen, Russland), Deutschland, Singapur, Cookinseln, Nauru, Tonga und Kiribati		

Quelle: Landmassen- und Bevölkerungsdaten von Lum/Vaughn 2017, UNFPA 2021 und Wilkins 2023, sofern nicht anders angegeben. Wenn in Klammern ein Land genannt wird, z.B. USA, dann ist die Region ein Territorium dieses Staates, z.B. ein US-Territorium

* Kiribati steht auch unter dem Schutz Australiens.

**Mit Neuseeland assoziierte Staaten. Tokelau wollte seinen Status nicht in einen assoziierten Staat ändern.

*** Freie Assoziation mit den Vereinigten Staaten⁹. In den frühen 1980er Jahren entschieden sich die Marshallinseln und Mikronesien für die freie Assoziierung mit den Vereinigten Staaten. 1986 unterzeichneten die Vereinigten Staaten und Palau einen 50-jährigen Vertrag der freien Assoziation.

**** Militärstützpunkte auf Guam, Kwajalein-Atoll (Marshallinseln) und Wake Island. Wake Island und Midway Island sind nicht eingemeindete US-Territorien und keine Bundesstaaten. Darüber hinaus regieren die USA fünf kleine Inseln zwischen den Marshallinseln und Hawaii, die als *US Pacific Remote Island Area PRIA* bezeichnet werden (Johnston-Atoll, Howland-Insel, Baker-Insel, Kingman Reef und Palmyra-Atoll, Jarvis-Insel), Tilghman 2023.

² vgl. Resident Population, UNFPA 2021

³ vgl. Tilghman 2023

⁴ vgl. EOM 2019

⁵ vgl. UPEI 2007

⁶ vgl. Wilkins 2023

⁷ vgl. Haagen 2021

⁸ vgl. Thelitz/Kelen 2023

⁹ vgl. Lum/Vaughn 2017

Timor-Leste (Osttimor; 14.918 km², 1,3 Millionen Einwohner, seit 2002 unabhängig) ist ein südpazifischer Staat zwischen Indonesien und Australien, jedoch westlich von Papua und nicht in Ozeanien. Die Europäische Union behandelt Timor-Leste zusammen mit den Ozeanischen Inseln als pazifischen Inselstaat (*Pacific Island Country PIC*)¹⁰. Timor-Leste ist nicht Teil des *Pacific Island Forum PIF*.

Zwischen den Marshallinseln und Hawaii gibt es ein großes US-Territorium namens **Pacific Remote Island Area PRIA**, das zusammen mit den Wake- und Midway-Inseln die Lücke zwischen Ozeanien und den Vereinigten Staaten füllt. Trotz seiner strategischen Bedeutung wird es normalerweise nicht auf Ozeanien- oder Pazifikkarten gezeigt.

Südlich von PRIA und nordöstlich von Kiribati, zwischen Kiribati, Hawaii und Mexiko, liegt die **Clarion-Clipperton-Zone**, die von der Internationalen Meeresbodenbehörde ISA der Vereinten Nationen verwaltet wird. Die ISA überwacht den Tiefseeabbau von polymetallischen Knollen. Nationalstaaten haben das Recht, sich für einen Sektor zu bewerben. Um einen Raubbau zu verhindern, gibt es reservierte Flächen, die nicht für den Bergbau genutzt werden dürfen¹¹.

1.2 Kurze Geschichte

Australien bildete mit Neuguinea einen Kontinent namens Sahul, der nicht weit von einer Sunda-Landmasse entfernt war, die bis nach Borneo reichte. Trotz der enormen Entfernungen hat Ozeanien eine gemeinsame Geschichte. Eine „austronesische“ Agrarkultur breitete sich von der chinesischen Küste und Taiwan über Jahrtausende schrittweise über Ozeanien aus¹² und nach der Besiedlung differenzierten sich die Populationen weiter in die drei Regionen Melanesien (Papua-Neuguinea, Salomonen, Vanuatu und Fidschi), Polynesien (Samoa, Tonga und Tuvalu) und Mikronesien (Kiribati, Marshallinseln, Mikronesien, Nauru und Palau) und dort zu lokalen Kulturen und Bevölkerungsgruppen¹³. Die Ausbreitung reichte schließlich über den gesamten Pazifischen Ozean bis zu den Osterinseln (Rapa Nui), Hawaii und auch bis nach Madagaskar.

Nach der Eroberung Konstantinopels durch das Osmanische Reich im Jahr 1453 starteten europäische Mächte Seeexpeditionen rund um den Globus. Magellan erreichte 1522 verschiedene polynesische Inseln, dann der Niederländer Tasman im 17. Jahrhundert und dann James Cook im 18. Jahrhundert. Hintergrund dieser Expeditionen war auch die Theorie eines südlichen Kontinents „Terra incognita“, der als physisches „Gegengewicht“ zu den nördlichen Landmassen dienen sollte. 1788 wurde in Sydney mit der Besiedlung Australiens begonnen, zunächst mit Gefangenen, später auch mit normaler Einwanderung. Mit den Kolonialmächten kam die Christianisierung, die den pazifischen Raum dominiert.

Es gab einen „Kolonisierungswettbewerb“ zwischen Frankreich und England. Neuseeland wurde im 19. Jahrhundert nach einem langen Kampf von den einheimischen Māori erobert, während die Region um Tahiti schrittweise von Frankreich unter Kontrolle gebracht wurde.

Als Folge des amerikanisch-spanischen Krieges im Jahr 1898 weiteten die USA ihre pazifischen Gebiete aus und kontrollierten alles nördlich von Kiribati (britisch) und östlich der Marshallinseln sowie Guam und die Philippinen. Später übernahmen die Vereinigten Staaten nach den beiden Weltkriegen Gebiete von Deutschland und Japan.

Im Kalten Krieg dienten die Bikini- und Eniwetok-Atolle der Marshallinseln von 1946 bis 1958 als Teststandort für Atom- und Wasserstoffbomben der USA, während Frankreich seine

¹⁰ vgl. EU 2023

¹¹ vgl. Thelitz/Kelen 2023

¹² vgl. EOM 2019

¹³ vgl. Lam/Vaughn 2022, Lum 2023

Bomben auf dem Mururoa-Atoll bei Tahiti testete. Die Vereinigten Staaten und die Marshallinseln führten politische und rechtliche Debatten hinsichtlich der Entschädigung der Einwohner. Das Vereinigte Königreich verfügte über ein Atomtestgebiet auf den Weihnachtsinseln, die inzwischen als Kiritimati bekannt sind. Dieses Gebiet wurde 1983 an Kiribati übergeben.

Frankreich betrieb wie das Vereinigte Königreich eine aktive Siedlungspolitik, so dass Australien und Neuseeland heute überwiegend von den Nachkommen der englischen Kolonisten bevölkert werden, während im französischen Neukaledonien und Polynesien relativ große französische Minderheiten existieren. Im 19. Jahrhundert kam es zu einer bedeutenden Einwanderung aus Indien nach Fidschi, in der Neuzeit wanderten Chinesen und Philippiner insbesondere auf die Nördlichen Marianen aus.

Wichtige Dekolonisierungsschritte waren die Unabhängigkeit von 1968 Nauru, 1970 Fidschi und Tonga (als Protektorat blieb die Monarchie dauerhaft erhalten), 1978 Salomon-Inseln, Tuvalu (durch Abstimmung von Kiribati abgespalten), 1979 Kiribati, 1980 Vanuatu, 1986 Mikronesien, 1990 Marshall-Inseln, 1994 Palau. Nur Pitcairn mit nur 46 Einwohnern, Nachkommen der Meuterei auf der Bounty, blieb britisch. 1975 wurde Papua-Neuguinea unabhängig, das noch immer erhebliche australische Entwicklungshilfe erhält.

Australien und Neuseeland führten eine „interne Dekolonisierung“ durch, bei der Australien die Unterdrückung der Aborigines beendete und sie als Ureinwohner anerkannte (bis in die siebziger Jahre war Australien vor der Kolonisierung rechtlich eine „leere“ *Terra Nullis*). Neuseeland gab den einheimischen Māori Land zurück und führte Māori als zweite Amtssprache ein.

Neuseeland erhielt seine Außengebiete vom Vereinigten Königreich und es wurde eine Art Mini-Commonwealth gegründet, wobei die Cookinseln, Niue und Tokelau als unabhängige Staaten im Verbund mit Neuseeland geplant waren, Tokelau jedoch bei Neuseeland bleiben wollte.

1.3 Institutionen

1971 wurde das Südpazifik-Forum (*South Pacific Forum*) gegründet, das auf seiner 30. Tagung 1999 in das zwischenstaatliche *Pacific Island Forum PIF* umgewandelt wurde, dem Australien, Neuseeland, die französischen Territorien Französisch-Polynesien und Neukaledonien sowie die 14 ozeanischen Staaten Fidschi, Kiribati und Cook-Inseln, Papua-Neuguinea, Marshallinseln, Niue, Salomonen, Föderierte Staaten von Mikronesien, Samoa, Vanuatu, Nauru, Tonga, Palau und Tuvalu angehören. Amerikanisch-Samoa, Guam und die Nördlichen Marianen haben Beobachterstatus. Hauptthemen sind Klimawandel, regionale Sicherheit und Fischerei¹⁴. Nach einem Militärputsch aufgrund von Spannungen zwischen der melanesischen Mehrheit der indigenen Fidschianer (*i-Taukei*) und der indo-fidschianischen Minderheit kam es zu einer vorübergehenden Suspendierung der Fidschi-Inseln, dieser Konflikt wurde jedoch gelöst und Fidschi trat erneut bei¹⁵. Im Jahr 2022 verließ Kiribati das PIF nach Streitigkeiten über die Anerkennung Chinas (anstelle von Taiwan)¹⁶.

Seit 1999 werden die jährlichen Treffen auf Ministerebene dauerhaft als *Post Office Forum Dialogue (PFD)* fortgeführt. Es gibt das *Pacific-Insel-Forum-Sekretariat (PIFS)*, das vom Generalsekretär und Vorsitzenden des *Council of Regional Organizations in the Pacific (CROP)* geleitet wird. Alle Staaten außer Palau und den Marshallinseln haben das *Pacific Island Countries Trade Agreement (PICTA)* mit der Absicht unterzeichnet, eine Freihandelszone zu

¹⁴ vgl. Lum/Vaughn 2017

¹⁵ vgl. Lum/Vaughn 2017

¹⁶ vgl. Lum/Vaughn 2022

errichten. Im Jahr 2014 veröffentlichte das PIF ein gemeinsames *Framework for Pacific Regionalism*¹⁷.

Es gibt eine melanesische Interessengruppe, die 1986 gegründete *Melanesian Spearhead Group (MSG)*, die folgende melanesische Länder und Organisationen umfasst: Fidschi, die *Kanak Socialist Liberation Front (FLNKS)* von Neukaledonien, Papua-Neuguinea, die Salomonen und Vanuatu¹⁸.

1.4 Pfeiler des westlichen Einflusses

In Ozeanien gibt es vier Hauptpfeiler des westlichen Einflusses: 1. Verteidigung und Sicherheit, 2. Bindung lokaler Währungen an westliche Währungen, 3. Entwicklungshilfe und 4. Assoziierung mit westlichen Staaten oder Status als abhängiges Territorium.

1.4.1 Verteidigung und Sicherheit

Für die pazifischen Staaten ist es schwierig bis unmöglich, die verstreuten kleinen Inseln zu verteidigen, so dass in vielen Fällen die westlichen Staaten für die Verteidigung verantwortlich sind. Das US-Militär unterhält Verbindungen zu Fidschi, Papua-Neuguinea und Tonga, den einzigen pazifischen Inselstaaten mit regulären Streitkräften¹⁹. Lediglich die Salomonen haben 2022 ein Sicherheitsabkommen mit China unterzeichnet,²⁰ was wiederum zu einem stärkeren Engagement der Vereinigten Staaten, die eine Botschaft eröffneten, und Australiens führte, das die Pazifikspiele 2023 unterstützte.

Beim 31. Treffen des Pacific Island Forums wurde die *Biketawa-Erklärung* unterzeichnet, in der erstmals auch friedenserhaltende Maßnahmen und Stabilisierungsmissionen vereinbart wurden. Unter Führung Australiens fand die *Regional Assistance Mission to Solomon Islands (RAMSI)* statt, bei der nach Unruhen vor Ort 2.200 Sicherheitskräfte einige Jahre lang stationiert waren. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts intervenierte Australien auch in Nauru (Wirtschaftskrise) und Tonga (lokale Unruhen im Jahr 2006²¹).

Die pazifischen Inselstaaten einigten sich in der *2018 Boe Declaration on Regional Security* auf einen erweiterten Sicherheitsbegriff, in dem es heißt, dass der Klimawandel nach wie vor die größte Bedrohung für den Pazifik darstellt²².

1.4.2 Bindung lokaler Währungen

Viele ozeanische Währungen sind an westliche Währungen gebunden, was Stabilität gibt, aber auch die wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit einschränkt:

- Der US-Dollar wird als Währung in Amerikanisch-Samoa, Guam, Palau und den assoziierten Staaten (Marshallinseln, Föderierte Staaten von Mikronesien und Nördliche Marianen) verwendet.
- In Australien, Tuvalu und Nauru wird der Australische Dollar AUD als Währung verwendet, der Kiribati-Dollar ist 1:1 an den AUD gebunden.
- Der neuseeländische Dollar (NZD) wird in Neuseeland, Tokelau und Pitcairn als einzige Währung verwendet; der Cook-Dollar und der Niue-Dollar sind 1:1 an den NZD gebunden.
- Tongas Pa'anga ist nicht konvertierbar und an einen Währungskorb aus AUD, NZD, US-Dollar und japanischen Yen gebunden.

¹⁷ vgl. PIF 2014

¹⁸ vgl. Lam/Vaughn 2017

¹⁹ vgl. Lam/Vaughn 2022

²⁰ vgl. Chanlett-Avery et al. 2023

²¹ vgl. Firth 2018

²² vgl. Lam/Vaughn 2022

- Die französischen Gebiete Neukaledonien, Wallis und Futuna und Französisch-Polynesien verwenden den Change Franc Pacifique (CFP-Franc) mit dem festen Wechselkurs 1 € = 119,3317 XPF, 100 XPF = 0,838 €.

1.4.3 Entwicklungshilfe

Die meisten Inseln erreichen trotz Entwicklungshilfe kein Staatsbudget von 100 Millionen US-Dollar. Zwischen 2006 und 2014 leistete Australien rund 7,7 Milliarden US-Dollar an Auslandshilfe, gefolgt von den Vereinigten Staaten (1,9 Milliarden US-Dollar), China (1,8 Milliarden US-Dollar), Neuseeland (1,3 Milliarden US-Dollar), Japan (1,2 Milliarden US-Dollar) und Frankreich (1,0 Milliarden US-Dollar)²³.

Die Europäische Union fördert 79 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) (*Cotonou-Abkommen*), davon 48 afrikanische, 16 karibische und 15 pazifische Staaten (Cookinseln, Fidschi, Kiribati, Marshallinseln, Mikronesien, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa, Salomonen, Timor-Leste, Tuvalu, Vanuatu). Für die AKP-Staaten ist die Europäische Union nach wie vor der wichtigste Handelspartner. Die Maßnahmen der Europäischen Union konzentrieren sich auf drei Themen Governance, Regionalismus und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen. Im Dezember 2020 erzielten die EU und die neue Organisation der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (*Organization of African, Caribbean and Pacific States OACPS*), die die AKP-Staatengruppe formell ersetzt, eine politische Einigung über den Text eines neuen Partnerschaftsabkommens, das das Cotonou-Abkommen ersetzen wird²⁴.

1.4.4 Assoziierung mit westlichen Staaten

Die Vereinigten Staaten haben mit einigen Inselstaaten einen Vertrag, die *Compacts of Free Association*. Dazu gehören die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), die Republik der Marshallinseln (RMI) und Palau.

Die Vereinigten Staaten sind verpflichtet, die *Frei Assoziierten Staaten (FAS)* gegen Angriffe oder drohende Angriffe zu verteidigen. Die Vereinigten Staaten ein Veto gegen politische Maßnahmen einlegen, die die Verteidigung beeinträchtigen ("defense veto"), und sie haben das Vorrecht, die strategische Nutzung des FAS und die Einbeziehung von Drittstaaten ablehnen ("right of strategic denial").²⁵ Der Pakt von 2003 sieht fortlaufende US-Finanz- und Programmunterstützung für die RMI und FSM sowie Zahlungen für die militärische Nutzung des Kwajalein-Atolls durch die USA in Höhe von etwa 3,5 Milliarden US-Dollar über einen Zeitraum von zwanzig Jahren vor²⁶ und wurde 2023 aktualisiert. Die Nördlichen Marianen wählten den Commonwealth-Status, während Guam ein Territorium der Vereinigten Staaten im Jahr 1950 wurde²⁷.

Die Cookinseln und Niue sind mit Neuseeland frei assoziiert, während Tokelau diesen Status ablehnte und ein abhängiges Territorium blieb.

Die Freie Assoziation verschafft den westlichen Staaten Einfluss und gibt den assoziierten Territorien Sicherheit und Stabilität. Die Bürger dieser assoziierten Staaten können in die Vereinigten Staaten bzw. Neuseeland (und Australien) auswandern und dort arbeiten. Dies führte jedoch zu einer massiven Abwanderung aus den assoziierten Staaten. Es wird geschätzt, dass in Neuseeland etwa viermal mehr Cook-Insulaner leben als auf den Cook-Inseln²⁸. Schätzungsweise 80.000 Cook-Insulaner leben außerhalb der Cooks, die eine Bevölkerung von 11.700 Einwohnern haben, und etwa 20.000 Niueaner leben außerhalb ihrer Heimatinsel,

²³ vgl. Lam/Vaughn 2017

²⁴ vgl. EU 2023

²⁵ vgl. Lam/Vaughn 2017

²⁶ vgl. Lum 2004

²⁷ vgl. Lum 2023

²⁸ vgl. UNFPA 2021

verglichen mit nur 1.611 Einwohnern auf Niue im Jahr 2018²⁹. Mehr als 94.000 FAS-Bürger leben in den Vereinigten Staaten, darunter auch Kinder, die in den Vereinigten Staaten geboren wurden und die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen³⁰. Ähnliche Beobachtungen wurden für das französische Territorium Wallis und Futuna gemacht³¹.

2 Politische Herausforderungen

2.1 Einführung

Die Inseln eines Staates sind oft über ein weites Gebiet verteilt, sodass die äußeren Inseln oft schwer zugänglich sind. Oft gibt es nur begrenzte Verbindungen per Flugzeug oder Schiff, was den Handel erschwert und zu relativ großen Verwaltungsbehörden führt³². Kiribati hat z.B. ca. 5,2 Millionen km² Wasserfläche, aber nur 811 km² Landfläche. In Kiribati findet eine Binnenmigration von der Peripherie auf die Hauptinseln statt. Die Wasseroberfläche ist die *ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ)* des jeweiligen Inselstaates. Die pazifischen Inselstaaten werden durch Naturkatastrophen, Armut und schwierige Regierungsführung herausgefordert. Zu den Naturkatastrophen im Zeitraum 2019–2022 gehörten Erdbeben, vulkanische Aktivität, tropische Wirbelstürme, Überschwemmungen und Erdrutsche³³.

Die Landwirtschaft wird durch raue physikalische Bedingungen, schlechte Bodenqualität und kleine Landflächen beeinträchtigt³⁴. Es gibt einen zunehmenden Trend zu Spannungen, Streitigkeiten und Gewalt um Land in städtischen Gebieten im Pazifik, denn Landlosigkeit kommt immer häufiger vor³⁵.

Aufgrund der geringen Gesamtbevölkerung von weniger als 15 Millionen, von denen etwa zwei Drittel in Papua-Neuguinea leben, wird Ozeanien oft international vernachlässigt.

Der Anteil Ozeaniens (außer Australien und Neuseeland) am Welthandel ist gering. Landwirtschaft, Fischerei, Textil und Tourismus sind wichtige Wirtschaftsfaktoren. Über die Hälfte des weltweiten Thunfischfangs wird in der Region gefischt³⁶.

Tonga besitzt eine langjährige Monarchie (jedoch mit einer demokratischen Verfassung)³⁷, und die Pazifikstaaten sind Demokratien. Im Gegensatz zum Links-Rechts-Schema westlicher demokratischer Parteien sind Verwandtschafts- und traditionelle Stammesbeziehungen wie auch regionale Bindungen relevanter³⁸. Mikronesien, Papua-Neuguinea (das aus Hunderten verschiedener Stämme und Sprachen besteht), die Salomonen und Vanuatu haben daher eine schwach ausgeprägte nationale Identität³⁹.

Länder wie Niue, die Cookinseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien und Tokelau weisen hohe Auswanderungsraten auf, während Länder wie Tuvalu, Vanuatu, die Salomonen und Kiribati aufgrund einer hohen Geburtenrate, aber geringer internationaler Migration eine hohe Wachstumsrate aufweisen.⁴⁰ Die Cookinseln und Kiribati leiden unter der Binnenwanderung von der Peripherie auf die Hauptinseln, auch Tuvalus Funafuti-Atoll ist dicht besiedelt.

²⁹ vgl. Firth 2018

³⁰ vgl. Lum 2023

³¹ vgl. EOM 2019

³² vgl. EOM 2019

³³ vgl. Wilkins 2023

³⁴ vgl. Tuvalu 2019

³⁵ vgl. Firth 2018

³⁶ vgl. Lum/Vaughn 2022

³⁷ vgl. Firth 2018

³⁸ vgl. UNFPA 2021

³⁹ vgl. Lum 2023

⁴⁰ vgl. UNFPA 2021

Andererseits sind Auslandsüberweisungen ausgewanderter Arbeitnehmer eine relevante Einnahmequelle für Inselstaaten mit hohen Auswanderungsraten⁴¹.

2.2 Klima

Große Teile Ozeaniens sind durch den Anstieg des Meeresspiegels (Überschwemmung) bedroht und viele Inselstaaten befürchten, dass in etwa 50 Jahren große Teile unter Wasser stehen könnten, da viele Inseln nur 2-3 Meter über dem Wasser liegen, teilweise sogar noch weniger. Bis zum Jahr 2100 wird ein Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 200 Zentimeter erwartet, wobei die durchschnittliche Jahrestemperatur um 1,4–3,7°C ansteigt⁴². Der steigende Meeresspiegel trägt zur Küstenerosion⁴³ und zur Versalzung der Süßwasserreserven bei⁴⁴.

Die globale Erwärmung mit steigendem Kohlendioxidgehalt trägt zu einer Versauerung des Meerwassers bei, die zur Korallenbleiche⁴⁵ und in der Folge zu einem Rückgang der Fischbestände führt⁴⁶.

Sogar die Evakuierung ganzer Staaten (Kiribati, Tuvalu, Vanuatu) ist bereits im Gespräch. Papua-Neuguinea diskutiert seit 2009 über die Evakuierung der Carteret-Inseln, doch die Evakuierung kam nicht zustande⁴⁷. Australien hat mit Tuvalu ein Evakuierungsabkommen unterzeichnet, das jährlich 280 Bürgern von Tuvalu die Auswanderung nach Australien ermöglicht, und bei Bedarf würde der gesamten Bevölkerung von Tuvalu gestattet, nach Australien zu kommen⁴⁸. Als vorsorgliche Maßnahme hat Tuvalu seine Verfassung so geändert, dass Tuvalu immer noch existiert und sein Seegebiet beanspruchen kann, wenn das ganze Land unter Wasser steht. Das UN-Seerechtsübereinkommen UNCLOS besagt jedoch eindeutig, dass Ansprüche auf Seegebiete nur für Bauwerke geltend gemacht werden können, die *dauerhaft über dem Wasser liegen*⁴⁹.

Die pazifischen Inselstaaten, die eine erste UN-Resolution zum Klimawandel unterstützten (siehe Abschnitt 3.1), gehörten zu den ersten Ländern, die das *Pariser Klimaabkommen von 2015* ratifizierten⁵⁰. Allerdings schritt der Klimawandel seit 2015 schneller voran als erwartet. Die Staaten kämpfen bereits mit der Energiewende und den Klimazielen⁵¹. Das *Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)* stellte beispielsweise fest, dass trotz Fortschritten Anpassungslücken bestehen, die bei den derzeitigen Umsetzungsraten weiter zunehmen werden⁵². Die *World Meteorological Organization (WMO)* geht davon aus, dass die globale Erwärmung bereits zwischen 2023 und 2027 mit einer Wahrscheinlichkeit von 66 % das 1,5°C-Niveau erreichen wird und nicht erst im Jahr 2050⁵³.

Die Prognose, dass die pazifischen Inseln versinken werden, geht davon aus, dass Riffinseln statisch sind und sich nicht anpassen können, obwohl neue Forschungsergebnisse eine geologische Dynamik zeigen⁵⁴. Tatsächlich führt der Anstieg des Meeresspiegels zu einer verstärkten Ansammlung von Sedimenten⁵⁵. Der Sedimentationseffekt führt trotz steigender

⁴¹ vgl. UN 2017

⁴² vgl. Wilkens 2023

⁴³ vgl. Campbell/Warrick 2014

⁴⁴ vgl. Haagen 2021

⁴⁵ vgl. Lum/Vaughn 2017

⁴⁶ vgl. Haagen 2021

⁴⁷ vgl. Campbell/Warrick 2014

⁴⁸ vgl. Zoll 2023

⁴⁹ vgl. Zoll 2023. Vanuatu ist das erste Land mit einem totalen Plastikverbot, Haagen 2021

⁵⁰ vgl. Lum/Vaughn 2022

⁵¹ IEA 2022, IRENA 2022

⁵² IPCC 2023

⁵³ vgl. WMO 2023

⁵⁴ vgl. Masselink et al. 2020

⁵⁵ vgl. East et al. 2018

Meeresspiegel zu einem vertikalen Wachstum der Inseln⁵⁶. Darüber hinaus wird auch Landfläche gewonnen. Die Sedimentation mildert die Küstenerosion durch den Anstieg des Meeresspiegels⁵⁷. Satellitendaten von 1971 bis 2014 zeigten, dass trotz des steigenden Meeresspiegels die Fläche von acht von neun Atollen von Tuvalu und auch von 75 % der 101 untersuchten pazifischen Inseln größer wurden⁵⁸.

Auch wenn es jetzt weniger wahrscheinlich ist, dass die pazifischen Inseln in einem steigenden Ozean versinken, was eine gute Nachricht für die Bewohner ist, zeigen Studien, dass dies mit einer geschädigten Umwelt einhergehen wird,⁵⁹ die aus abgestorbenen Sedimenten statt gesunden Korallen besteht.

2.3 Unabhängigkeitsbewegungen

Derzeit gibt es drei Unabhängigkeitsbewegungen in Bougainville (Papua-Neuguinea), Neukaledonien (Frankreich) und Chuuk (Föderierte Staaten von Mikronesien).

Zwischen 1988 und 1997 kämpfte eine Unabhängigkeitsbewegung auf Bougainville gegen Papua-Neuguinea. Im Jahr 2001 wurde ein Friedensabkommen unterzeichnet⁶⁰. Eine autonome Regierung von Bougainville wurde 2005 offiziell gegründet. Im Jahr 2019 stimmten 98% der Bougainviller für die Unabhängigkeit⁶¹. Der genaue Weg zur Unabhängigkeit wird jedoch noch diskutiert und dauert länger als erwartet⁶². Bougainvilles Präsident Toorama besuchte Washington, um die Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Erlangung der Unabhängigkeit bis 2027 zu erbitten⁶³. Die Vereinigten Staaten sind jedoch zurückhaltend, da Papua-Neuguinea die Vereinigten Staaten in Sicherheitsfragen gegenüber China bevorzugt hat und sie sich nicht sicher sind, ob ein unabhängiges Bougainville auf lange Sicht weiterhin auf Seiten der Vereinigten Staaten bleiben würde.

Im Februar 2004 wurde in Paris ein neues Autonomiestatut für Französisch-Polynesien veröffentlicht. Frankreich ist nun nur noch für Außenpolitik, Recht, Verteidigung, innere Sicherheit und Währungssystem zuständig. Die *Kanak Socialist Liberation Front (FLNKS)* von Neukaledonien, eine Unabhängigkeitsbewegung der indigenen Kanaken, kämpft gegen die französische Herrschaft. In Neukaledonien (Kanak) wurde ein Unabhängigkeitsreferendum vereinbart. Allerdings stimmte immer wieder eine Mehrheit gegen eine Unabhängigkeit von Frankreich, zuletzt im Jahr 2021⁶⁴. Für Frankreich ist Neukaledonien mit seinem riesigen Meeresgebiet und seinen Nickelressourcen immer noch attraktiv und die Mehrheit der Einwohner Neukaledoniens ist nach wie vor besorgt über die wirtschaftlichen Aussichten eines unabhängigen Staates.

Die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) bestehen aus vier Inseln mit einer eigenen traditionellen Identität. Chuuk ist der größte Staat der FSM und unzufrieden mit der Geldverteilung zwischen den vier Mitgliedern. Daraus entstand der Wunsch, unabhängig zu werden. Ein unabhängiger Staat Chuuk würde über ein beträchtliches Seegebiet verfügen, ist aber auch strategisch wichtig, da die Chuuk-Lagune eine der größten und tiefsten im Pazifik ist und einen potenziell wichtigen strategischen Marinestützpunkt darstellt⁶⁵. Allerdings konnten die Vereinigten Staaten die Abspaltung bisher stoppen, weil sie klarstellten, dass die Vorteile

⁵⁶ vgl. Masselink et al. 2020

⁵⁷ vgl. Tuck et al. 2021

⁵⁸ vgl. Lingenhöhl 2018

⁵⁹ vgl. auch Howes et al. 2018

⁶⁰ vgl. Firth 2018

⁶¹ vgl. Yinusa/Lum 2023

⁶² vgl. Lum/Vaughn 2022

⁶³ vgl. Pohle 2023

⁶⁴ vgl. Lum/Vaughn 2022

⁶⁵ vgl. Grossman 2023

der freien Assoziation, die Mikronesien erhielt, nicht auch einem unabhängigen Chuuk zugutekommen würden.

2.4 Parallelen zu den Karibischen Inseln

Viele der hier beschriebenen Herausforderungen sind nicht spezifisch für die Pazifikinseln, sondern werden mit anderen kleinen Inselstaaten geteilt. Die in der folgenden Tabelle aufgeführten karibischen Inseln weisen ähnliche Probleme auf: Auch diese Region besteht größtenteils aus kleinen unabhängigen Inselstaaten und Territorien, die noch immer den Kolonialmächten gehören. Außer Kuba, Haiti und der Dominikanischen Republik mit jeweils etwa 11 Millionen Einwohnern und Jamaika mit 2,8 Millionen Einwohnern haben alle anderen Gebiete weniger als 500.000 Einwohner⁶⁶.

Wie im pazifischen Raum kommt es auch hier häufig zu Schäden durch tropische Stürme, und aufgrund ihrer geringen Wirtschaftlichkeit ist es schwierig, die Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Auf den kleinen Inseln ist Armut weit verbreitet; und Entwicklungshilfe spielt für die Region eine wichtige Rolle. Mehrere Inseln haben 1981 die *Organisation Ostkaribischer Staaten* mit einer gemeinsamen Währung, dem Ostkaribischen Dollar, zur Zusammenarbeit und Unterstützung gegründet (1 US-Dollar = 2,70 EC-Dollar).

Karibische Inseln

Unabhängige Staaten	Abhängige und Überseegebiete	
Antigua und Barbuda*	Großbritannien	Frankreich
Bahamas	Anguilla**	Guadeloupe**
Barbados	Britische Jungferninseln**	Martinique**
Kuba	Kaiman-Inseln	Saint Barthelemy
Dominikanische Republik	Montserrat**	Saint Martin
Dominica*	Turks- und Caicos-Inseln	Vereinigte Staaten
Grenada*	Niederlande	Navassa-Insel
Haiti	Aruba	Amerikanische Jungferninseln
Jamaika	Bonaire	
Saint Kitts und Nevis*	Curacao	
Saint Lucia*	Saba	
Saint Vincent und die Grenadinen*	Sint Maarten	
Trinidad und Tobago	Sint Eustatius	

*Mitglieder der Organisation Ostkaribischer Staaten **Assoziierte Mitglieder

3 Die Geopolitik kleiner Staaten

3.1 Einführung

Laut dem informellen *UN-Forum of Small States (FOSS)* mit mehr als hundert Mitgliedsstaaten sind Kleinstaaten solche mit einer Bevölkerung von weniger als 10 Millionen Menschen. Im Jahr 2014 hatten 13 UN-Mitgliedstaaten weniger als 100.000 Einwohner, während 15 Mitgliedstaaten zwischen 100.000 und 500.000 Menschen hatten⁶⁷. Wie oben gezeigt, liegen viele der Kleinstaaten in Ozeanien und der Karibik, aber auch Europa hat Kleinstaaten, z.B. Malta, Liechtenstein, Andorra, Vatikanstadt⁶⁸, San Marino und Monaco.

Selbst wenn eine globale Organisation formal gleichberechtigt und gerecht ist, ist die Dominanz großer Nationen normal, da nur große Staaten über ausreichende diplomatische, wirtschaftliche und rechtliche Kapazitäten verfügen, um globale Organisationen zu nutzen, während sie von kleinen Staaten aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen nicht in gleicher Weise genutzt werden

⁶⁶ Zahlen vom Wikipedia-Eintrag Caribbean States, letzter Zugang 09 Jan 2024

⁶⁷ vgl. Ó Súilleabháin 2014

⁶⁸ Viele katholische Staaten erkennen den Souveränen Malteser-Ritterorden nach wie vor als souveränes Völkerrechtssubjekt an; das Territorium besteht aus einem Palast in Rom.

können. Ó Súilleabháin (2014) identifizierte drei zentrale Herausforderungen: asymmetrischer Zugang zu Informationen, Kapazitätsengpässe und strukturelle Hindernisse für eine vollständige Teilhabe.

Realistisch gesehen kann man von kleinen Inselstaaten nicht erwarten, dass sie dauerhaft Hunderte von Diplomaten, Anwälten und Experten für internationale Organisationen stellen. Im Gegensatz dazu haben viele kleine Staaten Schwierigkeiten, staatliche Funktionen aufrechtzuerhalten und sind auf Entwicklungshilfe und internationale Unterstützung angewiesen, beispielsweise Inselstaaten in Ozeanien oder im Karibischen Meer, die häufig unter tropischen Stürmen leiden. Im Jahr 2014 verfügte die Karibikinsel Jamaika über ein diplomatisches Personal von 8 Personen bei den Vereinten Nationen, China hatte fast 80 und die US-Mission mehr als 150⁶⁹.

Organisationen wie *Islands First* bieten Praktika an, z.B. für Studierende, die dann auf der Grundlage eines formellen „Advisor“-Status Staaten im Namen des Botschafters bei der UN-Generalversammlung vertreten können, z.B. für Tuvalu und Nauru⁷⁰.

Infolgedessen sind große Staaten oft die *rule maker*, während kleinere Staaten *rule taker* sind und die Regeln von der Realpolitik bestimmt werden. Allerdings sind in den Vereinten Nationen und in anderen Organisationen alle Nationen gleich (souveräne Gleichheit), d.h. ein Land, eine Stimme, was einem kleinen Staat ein überproportionales Gewicht in Abstimmungsverfahren einräumt, da er dann das gleiche Gewicht hat wie Indien oder China⁷¹ (was sie zu potenziellen Zielen des Stimmenkaufs macht, siehe Abschnitt 3.2.3).

Wenn kleine Staaten ihre Aktivitäten koordinieren, können sie eigene politische Initiativen starten. Im Jahr 2009 verfassten die *Pacific Small Island Developing States (PSIDS)* eine Resolution, in der sie dazu aufriefen, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit anzuerkennen und anzugehen. Ihre Resolution wurde von mehr als 100 Staaten unterstützt und von der UN-Generalversammlung angenommen⁷².

3.2 Verkauf von Rechten

Ein spezielles Gebiet ist der Rechteverkauf, z.B. Lizenzen für Fischerei, Bergbau, Kommunikation oder Transport. Je kleiner der Staat, desto relevanter sind die Einnahmen aus diesen Tätigkeiten für den Staatshaushalt. Während solche Aktivitäten rechtmäßig und legitim sind, gibt es auch Praktiken wie den Stimmenkauf und den Verkauf von Pässen und Titeln. Selbst diplomatische Anerkennung kann ihren Preis haben, siehe Abschnitt 3.2.3.

Einige Inseln fanden zusätzliche Wege, zum Beispiel die Jungferninseln und die Kaimaninseln in der Karibik, wohin viele Menschen ihr Geld überweisen, wo es diskret verwaltet wird.

3.2.1 Tuvalu – eine Fallstudie

Ein erfolgreicher Staat ist die Insel Tuvalu. Das Bruttonationaleinkommen betrug 4960 US-Dollar pro Kopf in 2011, was bei ca. 11.000 Einwohnern eine Gesamtsumme von ca. 55 Millionen US-Dollar ergibt⁷³.

- Eine Haupteinnahmequelle sind Fischereirechte, die 2019 19 Millionen Dollar einbrachten.
- Darüber hinaus besitzt es die länderspezifische Top-Level-Domain *tv*, also Internetadressen mit der Endung *.tv*. Da dies für Fernsehsender (TV) als Internetadresse sehr attraktiv ist, erwirtschaftete Tuvalu im Jahr 2019 bereits 1/12 seines

⁶⁹ vgl. Ó Súilleabháin 2014

⁷⁰ vgl. Moll 2011

⁷¹ vgl. Ó Súilleabháin 2014

⁷² vgl. Ó Súilleabháin 2014

⁷³ vgl. UNFPA 2011

Bruttonationaleinkommens mit dem Verkauf der Rechte zur Domainnutzung, im Jahr 2023 stieg dieser Wert auf 10 Millionen Dollar pro Jahr⁷⁴.

Diese Aktivitäten machen einen erheblichen Teil des Einkommens von Tuvalu aus und führen zu einem relativ guten Lebensstandard⁷⁵.

3.2.2 Bergbau

Ressourcen machen Staaten oder Regionen für politische Akteure und Investoren immer attraktiv, z.B. verfügt das französische Territorium Neukaledonien über bedeutende Nickelressourcen⁷⁶. Manchmal kann dies auch zu Problemen führen, so stand im Bürgerkrieg von Bougainville vor dem Unabhängigkeitsreferendum eine große Mine im Zentrum des Konflikts.

Der pazifische Inselstaat Nauru verfügte über riesige Phosphatvorkommen, die über Jahrzehnte ausgebeutet wurden und eine zerstörte Umwelt und Landschaft hinterließen.

Aber jetzt haben Nauru und weitere pazifische Inseln (Cookinseln, Tonga und Kiribati) Kooperationen mit privaten Bergbauunternehmen, um polymetallische Knollen im ISA-Territorium, der *Clarion-Clipperton-Zone*, auszubeuten⁷⁷. Private Unternehmen können das Territorium nur nutzen, wenn sie mit einem Staat kooperieren. Die Vorschriften besagen, dass der Lizenzstaat die Haftung für die Aktivitäten in seinem ISA-Territorium behält; für kleine Inselstaaten ohne technische Kenntnisse wird es jedoch schwierig sein, die Aufsicht zu übernehmen.

Eine weitere neue Einnahmequelle für Nauru ist die Aufnahme von 1.500 Asylsuchenden aus dem Nahen Osten, Afrika und Asien im Auftrag Australiens⁷⁸. Um Besuchen vorzubeugen, hat Nauru seine Visagebühren auf 8000 australische Dollar angehoben⁷⁹.

3.2.3 Stimmenkauf

Ein weiteres Phänomen ist der Stimmenkauf zwischen Staaten, d.h. Staat X gibt Geld an Staat Y und Staat Y stimmt dann für die Vorschläge von Staat X. Typischerweise versuchen große Staaten, gegen Geld die Stimme kleinerer Staaten zu bekommen. Während es als eine Form Korruption und Bestechung gilt, Einzelpersonen Geld zu geben, um ein bestimmtes politisches Verhalten zu erreichen, und daher illegal ist, sind die Dinge viel komplizierter, wenn dies zwischen Staaten geschieht.

In der Politik sind Gegenleistungen und Verhandlungen Standardelemente internationalen Handelns. Wenn Staat Y Staat X unterstützt, kann er seinerseits auch Unterstützung von Staat X erwarten, z.B. Stimmen, politische oder finanzielle Unterstützung, d.h. Regierungen tauschen Geld gegen politischen Einfluss.⁸⁰

Eine Studie der Harvard University zeigte einige Beispiele für die pazifischen Inselstaaten⁸¹

- Im Jahr 2002 brach Nauru die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan (offiziell Republik China) ab, nachdem das Land angeblich 130 Millionen US-Dollar von China (Volksrepublik China) erhalten hatte, nahm diese jedoch drei Jahre später wieder auf, nachdem es ein besseres Angebot erhalten hatte. Kiribati und die Marshallinseln haben Taiwan ebenfalls mehr als einmal anerkannt und wieder aufgehoben. Dies wird auch

⁷⁴ vgl. Washington Post 2019, Medium 2023

⁷⁵ vgl. Washington Post 2019

⁷⁶ vgl. Belkin 2021

⁷⁷ vgl. Thelitz/Kelen 2023

⁷⁸ vgl. UNFPA 2021

⁷⁹ vgl. Zoll 2024

⁸⁰ vgl. Vreeland 2019

⁸¹ vgl. Lockwood 2013

als „Dollar-Diplomatie“ zwischen China und Taiwan bezeichnet, bei der beide Staaten durch Angebote ausländischer Hilfe miteinander konkurrieren⁸².

- Im Jahr 2006 fanden Wahlen für nichtständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates statt und Japan versprach den kleinen Inseln im Pazifik neue Hilfe in Höhe von 410 Millionen US-Dollar, was zur vollen Unterstützung Japans führte.
- Im Jahr 2008 zahlte der Iran 200.000 US-Dollar an die Salomonen als Gegenleistung dafür, dass sie in der UN-Generalversammlung gegen Israel stimmten.
- Im Jahr 2009 bot Russland Nauru 50 Millionen US-Dollar als Gegenleistung für die diplomatische Anerkennung der separatistischen Regionen Abchasien und Südossetien an.

In 2024 hat Nauru die Volksrepublik China wieder anerkannt, woraufhin Taiwan seine Beziehungen abbrach. Taiwan beklagte sich, dass Nauru mit hohen Geldforderungen gekommen sei, die Taiwan nicht bezahlen konnte, die Volksrepublik China aber schon⁸³.

Außerdem gibt es **Günstlingswirtschaft** (d.h. bessere Behandlung befreundeter Staaten)⁸⁴. Eine Abstimmung in der UN-Generalversammlung zugunsten der USA führte in bestimmten Fällen zu einer besseren Behandlung durch den *Internationalen Währungsfonds IWF*. Außerdem wurde die Weltbank von den Vereinigten Staaten gebeten, befreundeten Regierungen zu helfen, wenn diese vor Wahlen standen. Nichtständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates profitieren während ihrer Mitgliedschaft von einer Erhöhung der Auslandshilfe.

Während solche Praktiken auch aufgrund mangelnder Transparenz als problematisch gelten können, gibt es noch immer keine allgemeingültige Norm des Völkerrechts, die es Staaten verbietet, ihre Stimmen in internationalen Institutionen zu verkaufen, oder anderen Staaten den Kauf dieser Stimmen verbietet⁸⁵. Mit anderen Worten: Es mag als unmoralisch angesehen werden, ist aber nicht illegal.

3.2.4 Pässe und Titel

Ein investigativer Reporter aus Dänemark kaufte über einen spezialisierten Makler die Rolle und den Titel eines liberianischen Botschafters in der Zentralafrikanischen Republik für 135.000 Euro. Als Bonus erhielt er die Ehrendoktorwürde der *Universität Monrovia*. Alternativ wurde ihm angeboten, Handelsattaché von Vanuatu zu werden, was bedeuten könnte, dass dieser Pazifikstaat an solchen Aktivitäten beteiligt ist⁸⁶. Der Diplomatenstatus bietet Privilegien wie Immunität und unkontrolliertes Gepäck, das theoretisch Möglichkeiten für den Schmuggel bietet⁸⁷.

Diese Tätigkeit stand jedoch definitiv nicht im Einklang mit dem *Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961*, das diplomatische Privilegien strikt an bestimmte Rollen und Pflichten bindet, einschließlich Benachrichtigungs-, Genehmigungs- und Akkreditierungsverfahren mit dem Recht auf Ablehnung durch das Gastland; weitere Regelungen finden sich im *Wiener Übereinkommen von 1963 über konsularische Beziehungen* und die mit internationalen Organisationen geschlossenen Sitzabkommen⁸⁸. Das *Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961* besagt, dass der Botschafter Staatsbürger des Entsendestaates sein sollte (Art. 8), und stellt klar, dass die diplomatische Rolle nicht zum persönlichen Vorteil genutzt werden darf (Art. 42) und verbietet den Missbrauch von Botschaften für Zwecke, die nicht durch das Völkerrecht abgedeckt sind (Art. 41).

⁸² vgl. Lam/Vaughn 2017

⁸³ vgl. Zoll 2024

⁸⁴ vgl. Vreeland 2019

⁸⁵ vgl. Lockwood 2013

⁸⁶ vgl. Wadewitz 2012

⁸⁷ vgl. Wadewitz 2012

⁸⁸ vgl. Belgium 2021 Official Protocol Guide Immunities and Privileges

In der Praxis gelten für diplomatisches Personal sehr strenge Verfahren; Ein gutes Beispiel ist das diplomatische Protokoll Belgiens, das sehr systematisch und schrittweise aufgebaut ist, ähnlich wie industrielle Standardarbeitsanweisungen⁸⁹.

Ein weiteres kritisches Thema ist der Verkauf von Staatsbürgerschaften gegen Investitionen, die sogenannten *Goldenen Pässe*. Eine zweite Staatsbürgerschaft kann Vorteile haben, z.B. wenn man Staatsbürger eines Landes ist, gegen das Sanktionen verhängt wurden oder das strengen Visabeschränkungen unterliegt. Hier kann die zweite Staatsbürgerschaft das freie Reisen erleichtern. Eine andere Sache ist, dass ein Bürger mit zwei Pässen aus Land A und B leicht in Land B ausweichen kann, wenn es in Land A Probleme gibt. Anders als die pazifischen Inseln sind die karibischen Inseln hier aktiv. Für Investitionen zwischen 100.000 und 150.000 Dollar kann der Investor die Staatsbürgerschaft von Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, St. Kitts und Nevis oder St. Lucia erwerben.⁹⁰

4 Konkurrenz zwischen dem Westen und China

Chinas Ansatz besteht darin, seinen Einfluss insbesondere durch wirtschaftliche Maßnahmen (Seidenstraße und Entwicklungshilfe, strategische Investitionen in Ozeanien, Afrika und Lateinamerika) zu erweitern und die militärische Macht der USA durch Überdehnung der Frontlinien zu schwächen. Die erste Inselkette umfasst Südjapan, Taiwan und die Philippinen⁹¹. Militärstützpunkte in der mikronesischen Subregion, einschließlich Stützpunkten auf Guam und dem Kwajalein-Atoll auf den Marshallinseln, bilden die zweite Inselkette im Pazifik. China versucht, die US-Streitkräfte von der Ersten Inselkette auf die weiter entfernte Zweite Inselkette zurückzudrängen und strategische Orte rund um Indien als ‚Perlenkette‘ (String of Pearls) zu errichten⁹². Ein Rückzug der Vereinigten Staaten von irgendeiner Position im Pazifik würde die Frontlinien um Tausende von Kilometern verlängern, was die bereits bestehende Belastung der US-Streitkräfte erheblich verschärfen würde. Guam ist heute von großer strategischer Bedeutung, da es ein Schlüsselement der zweiten Inselkette ist und das regionale US-Indo-Pazifik-Kommando (USINDOPACOM) plant, die Guam-Streitkräfte zu erweitern und eine Raketenabwehr durch die US Missile Defense Agency MDA aufzubauen⁹³. Der Plan sieht eine umfassende Verteidigung gegen gleichzeitige Angriffe von maritimen, ballistischen, Manövrier- und Hyperschallangriffen vor⁹⁴.

Guams Bedeutung beruht auch auf Zweifeln des US-Militärs, dass Japan und Südkorea im Falle eines Konflikts um Taiwan uneingeschränkt kooperieren und offensive US-Militäreinsätze unterstützen würden⁹⁵. Auch Palau könnte einen Militärstützpunkt bekommen, ebenso Mikronesien⁹⁶.

Chinas Konzept des „Freundeskreises“ unterscheidet sich vom Bündnis- und Koalitionsbildungskonzept der USA und der westlichen Verbündeten, etwa dem *Quadrilateral Security Dialogue (QUAD)*, dem trilateralen Sicherheitspakt zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den USA (AUKUS), die *Chip4-Allianz* zwischen den USA, Japan, Südkorea und Taiwan und die *Indopazifik-Strategie*⁹⁷.

⁸⁹ vgl. Belgium 2021 Official Protocol Guide Immunities and Privileges

⁹⁰ vgl. Towey 2022. Die EU betrachtet dies als schlechte Praxis und drängt Zypern, sein Pass-Programm aufzugeben.

⁹¹ vgl. Lam/Vaughn 2017

⁹² vgl. CRS 2023

⁹³ vgl. Feickert 2017, Tilghman 2023

⁹⁴ vgl. Tilghman 2023

⁹⁵ vgl. Tilghman 2023

⁹⁶ vgl. Lum 2023

⁹⁷ vgl. Ekman 2022

Seit 2013, als Xi Jinping Präsident wurde, konzentriert sich China auf die Erweiterung seines „Kreises von Freunden“, die China verstehen und unterstützen, wobei der Schwerpunkt auf Nachbar- und großen Staaten liegt, und auf den Aufbau eines Netzwerks von Partnerschaften. Im Jahr 2013 wurde die *Belt and Road Initiative (BRI)*, früher bekannt als *One Belt, One Road (OBOR)-Initiative* (oder als *New Silk Road* in Anlehnung an die historische Seidenstraße als wichtigste asiatische Handelsroute), und China ins Leben gerufen. Es fanden Treffen statt und es wurden verschiedene *Memoranda of Understanding (MoUs)* mit den Staaten entlang der Handelsrouten unterzeichnet, die von China nach Afrika und Europa reichen, aber auch in die ozeanische Region, wo China zunehmend diplomatisch und wirtschaftlich aktiv ist.

Wichtige strategische Ziele bestehen darin, Taiwans regionalen Einfluss zu beseitigen, die zweite Inselkette zu durchbrechen und Zugang zu den regionalen Ressourcen und Volkswirtschaften zu erhalten⁹⁸. Von Mai bis Juni 2022 besuchte der chinesische Außenminister Wang Yi acht pazifische Inselstaaten und schlug zehn Staaten Handels- und Sicherheitsabkommen vor, doch die Staaten zögerten, solch weitreichende Abkommen zu unterzeichnen⁹⁹.

Zu den Maßnahmen gehören:

- Peking hat diplomatische Vertretungen in allen acht pazifischen Inselstaaten eröffnet, mit denen es diplomatische Beziehungen unterhält. Außerdem schenkt es den Führern der ozeanischen Staaten große offizielle Aufmerksamkeit. Inzwischen hat der Westen erkannt, dass sich die Staaten vernachlässigt fühlten, und schenkt ihnen jetzt mehr Aufmerksamkeit. Im Jahr 2022 stellte die US-Regierung die *Pacific Partnership Strategy* vor und plante die Eröffnung von Botschaften in Kiribati, den Salomonen und Tonga sowie die Entsendung eines Sondergesandten der USA zum Pacific Islands Forum (PIF)¹⁰⁰. Die USA haben 2023 eine Botschaft auf den Salomonen eröffnet und das Vereinigte Königreich hat bereits 2019 neue Botschaften in Vanuatu, Tonga und Samoa eröffnet¹⁰¹.
- Papua-Neuguinea: China bot 2019 an, die gesamten Staatsschulden zu übernehmen, was es finanziell von China abhängig gemacht hätte. Papua-Neuguinea unterzeichnete dieses Abkommen nicht, sondern wandte sich mit der Bitte um Unterstützung an die USA und Australien¹⁰².
- In Vanuatu hat China einen großen Kai gebaut, der das Anlegen großer Touristenschiffe ermöglicht, aber auch ein Militärschiff aus China besuchte diesen¹⁰³. Dies löste bei chinesischen Kaiprojekten dual use-Bedenken aus¹⁰⁴, aber auch bei einer Landebahn in Kiribati¹⁰⁵, das chinesische Mittel für den Ausbau einer Landebahn auf mehr als 6000 Fuß (2000 Meter) auf der Insel Canton akzeptierte¹⁰⁶.
- Commonwealth of Northern Marianas (CNMI)¹⁰⁷: Massives Engagement in Kasinos auf der Insel Saipan mit chinesischen Einwanderungs- und Infrastrukturinvestitionen, was zu einer erhöhten öffentlichen Unterstützung für China führt.
- Föderierte Staaten von Mikronesien (FSM)¹⁰⁸: „Besuchsdiplomatie“ mit regelmäßigen hochrangigen Besuchen und Einladungen, Stipendien für Studenten,

⁹⁸ vgl. Grossman 2023

⁹⁹ vgl. Jones 2023

¹⁰⁰ vgl. White House 2022

¹⁰¹ vgl. Belkin 2021

¹⁰² vgl. Jones 2023

¹⁰³ vgl. Zoll 2018

¹⁰⁴ vgl. Jones 2023

¹⁰⁵ vgl. Lam/Vaughn 2022

¹⁰⁶ vgl. Jones 2023

¹⁰⁷ vgl. Babbage 2019

¹⁰⁸ vgl. Jones 2023

Infrastrukturinvestitionen, Finanzhilfe, was zu einer zunehmenden Unterstützung für China führt.

- Palau: Tourismusoffensive mit massiver Hotelbauoffensive führte zu einer stark wachsenden Bedeutung der wirtschaftlichen Aktivitäten Chinas¹⁰⁹. Seit Anfang der 2000er Jahre haben große Kredite chinesischer Banken auf den Cookinseln, Tonga, Fidschi und Vanuatu zu einer Schuldenabhängigkeit geführt¹¹⁰; Tonga ist offenbar nicht in der Lage, die Kredite zurückzuzahlen.
- China ist mittlerweile nach Australien der zweitgrößte Geber von Entwicklungshilfe im Pazifik. Außerdem baut es ein *Oceania Silk Road Network* auf.
- Die USA beobachteten eine große Zahl illegaler, nicht gemeldeter und unregulierter (*illegal, unreported, and unregulated IUU*) Fischereivorfälle durch chinesische Fischer in Ozeanien¹¹¹.
- Die Aktivitäten werden durch plattformübergreifende Kommunikationsstrategien mit kostenloser Ausstrahlung des internationalen Fernsehsenders der chinesischen Regierung in englischer Sprache im gesamten Pazifikraum und von *China Radio International (CRI)* begleitet.

Zusammenfassend umfasst Chinas Ozeanien-Strategie mehr politische Maßnahmen wie selbstbewusste Diplomatie, Medienkampagnen und wirtschaftliche Aktivitäten¹¹².

Ein neuer Bereich des strategischen Wettbewerbs ist die Telekommunikation über Tiefseekabel. Die Vereinigten Staaten, Australien und Japan finanzierten in den Jahren 2020 und 2021 Untersee-Telekommunikationskabel für Kiribati, Mikronesien, Nauru und Palau. Im Jahr 2019 finanzierte Australien ein Untersee-Telekommunikationskabel, das Papua-Neuguinea und die Salomonen verbindet, um eine Beteiligung von Chinas Firma Huawei zu verhindern¹¹³.

5 Zusammenfassung

Dieses Paper analysierte die Geopolitik Ozeaniens mit den pazifischen Inselstaaten und die geopolitische Rolle kleiner Staaten im Allgemeinen. Ozeanien mit seinen drei Unterregionen Melanesien, Polynesien und Mikronesien ist ein Gebiet wachsenden geopolitischen Wettbewerbs zwischen den westlichen Staaten Australien, Neuseeland, Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Japan auf der einen Seite und China auf der anderen Seite. Die wichtigste Institution ist das Pacific Island Forum PIF mit Australien, Neuseeland, den französischen Territorien Französisch-Polynesien und Neukaledonien, den 14 ozeanischen Staaten Fidschi, Kiribati, Cookinseln, Papua-Neuguinea, Marshallinseln, Niue, Salomonen und den Föderierten Staaten Mikronesien, Samoa, Vanuatu, Nauru, Tonga, Palau und Tuvalu. Amerikanisch-Samoa, Guam und die Nördlichen Marianen haben Beobachterstatus. Die Hauptpfeiler des westlichen Einflusses in Ozeanien sind: 1. Verteidigung und Sicherheit, 2. Bindung lokaler Währungen an westliche Währungen, 3. Entwicklungshilfe und 4. Assoziierung mit westlichen Staaten oder ein Status als abhängige Gebiete. Viele Inseln verwenden den US-Dollar, den Australischen Dollar oder den Neuseeländischen Dollar oder sind an diese gebunden. Die meisten Inseln erreichen kein Staatsbudget von 100 Millionen US-Dollar, obwohl Entwicklungshilfe hauptsächlich von Australien, den Vereinigten Staaten, China, Frankreich und Japan geleistet wird. Die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM),

¹⁰⁹ vgl. Zoll 2018

¹¹⁰ vgl. Babbage 2019

¹¹¹ vgl. Grossman 2023

¹¹² Siehe auch Babbage 2019

¹¹³ vgl. Lam/Vaughn 2022

die Republik der Marshallinseln (RMI) und Palau stehen in freier Assoziation mit den Vereinigten Staaten, während Niue und die Cookinseln mit Neuseeland assoziiert sind.

Derzeit gibt es drei Unabhängigkeitsbewegungen in Bougainville (Papua-Neuguinea), Neukaledonien (Frankreich) und Chuuk (Föderierte Staaten von Mikronesien), allerdings mit geringen Fortschritten.

Die pazifischen Inselstaaten werden durch Naturkatastrophen, Armut und schwierige Regierungsführung herausgefordert. Große Teile Ozeaniens sind durch den Anstieg des Meeresspiegels (Überschwemmung) bedroht, der zur Küstenerosion und Versalzung der Süßwasserreserven beiträgt. Die globale Erwärmung mit steigendem Kohlendioxidgehalt trägt zu einer Versauerung des Meerwassers bei, was zur Korallenbleiche und in der Folge zu einer Verringerung der Fischbestände führt. Jüngste geologische Untersuchungen haben jedoch gezeigt, dass viele pazifische Inseln mit steigendem Meeresspiegel aufgrund von Sedimentation wachsen. Die Situation in Ozeanien weist manche Ähnlichkeiten mit den kleinen Inselstaaten im Karibischen Meer auf.

Laut dem informellen *UN-Forum of Small States (FOSS)* mit mehr als hundert Mitgliedsstaaten sind Kleinstaatstaaten mit einer Bevölkerung von weniger als 10 Millionen Menschen. In internationalen Organisationen sind kleine Staaten mit einem asymmetrischen Zugang zu Informationen, Kapazitätsbeschränkungen und strukturellen Hindernissen für eine vollständige Beteiligung konfrontiert. Andererseits haben sie aufgrund des weit verbreiteten „Ein Land – eine Stimme“-Prinzips ein höheres Pro-Kopf-Gewicht in Abstimmungsverfahren.

Ein besonderes Thema ist der **Rechteverkauf**, z.B. Lizenzen für Fischerei, Bergbau, Kommunikation oder Transport. Je kleiner der Staat, desto relevanter sind die Einnahmen aus diesen Tätigkeiten für den Staatshaushalt. Während solche Aktivitäten rechtmäßig und legitim sind, gibt es auch Praktiken wie den Stimmenkauf und den Verkauf von Pässen und Titeln. Große Staaten versuchen, gegen Geld die Stimme kleinerer Staaten zu erhalten, was Einfluss auf UN-Abstimmungen und diplomatische Anerkennungen haben kann (Dollardiplomatie). Ein ähnliches Phänomen ist die Günstlingswirtschaft, d.h. befreundete Staaten erhalten mehr Entwicklungshilfe oder Kredite. Einige kleine Staaten verkaufen Pässe und Titel.

Der geopolitische Wettbewerb zwischen dem Westen und China verschärft sich. Chinas Ansatz besteht darin, seinen Einfluss auszuweiten und die militärische Macht der USA durch die Ausweitung der Frontlinien zu schwächen. Der Wettbewerb umfasst eine Vielzahl von Aktivitäten (Tourismus, Medien, Fischerei, Investitionen, Entwicklungshilfe, Tiefseekabel) und als Reaktion auf Chinas Vorstöße intensivieren die westlichen Staaten ihr diplomatisches, wirtschaftliches und militärisches Engagement in der Region.

6 Literaturverzeichnis

Belkin, P. (2021): The United Kingdom, France and the Indo-Pacific. Updated August 5, 2021 Congressional Research Service CRS IF11052

Babbage, R. (2019): Winning without fighting – Chinese and Russian Political Warfare Campaigns and how the West can prevail. Volume II: Case Studies Center for Strategic and Budgetary Assessments CBSA 2019

Belgium (2021): Official Protocol Guide Immunities and Privileges, Updated: March 2021 163 pages.

Campbell, J., Warrick, O. (2014): Climate Change and Migration Issues in the Pacific. Publication prepared by the Pacific Office of the United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific UN ESCAP. August 2014

Chanlett-Avery, E. et al. (2023): The “Quad”: Cooperation Among the United States, Japan, India, and Australia. Updated January 30, 2023. Congressional Research Service CRS IF11255

CRS (2023): U.S.-China Strategic Competition in South and East China Seas: Background and Issues for Congress. Report R46175 of the Congressional Research Service CRS Updated June 5, 2023

East, H. et al. (2018): Coral Reef Island Initiation and Development Under Higher Than Present Sea Levels. *Geophysical Research Letters*, 45 (20). pp. 11265-11274. American Geophysical Union

EOM (2019): Wallis and Futuna at a glance. Economic Outlook of the EOM, No. 282 August 2019

EU (2023): Pacific. Fact Sheets on the European Union. www.europarl.europa.eu/factsheets/en

Feickert, A. (2017): U.S. Ground Forces in the Indo-Pacific: Background and Issues for Congress. Updated: August 30, 2022 Congressional Research Service CRS R47096

Firth, S. (2018): Instability in the Pacific Islands: A status report Lowy institute June 2018

Grossman, D. (2023): Chinese Strategy in the Freely Associated States and American Territories in the Pacific Implications for the United States. CT-A2768-1 Testimony presented before the U.S. House of Representatives Committee on Natural Resources, Subcommittee on Indian and Insular Affairs on May 16, 2023 RAND Corporation

Haagen, S. (2021): Dossier Nr. 123 - Vanuatu Pazifik-Informationsstelle Februar 2021

Howes, E.L. et al. (2018): Effects of Climate Change Relevant to the Pacific Islands Centre for Environment, Fisheries and Aquaculture Sciences (Cefas), UK Science Review 2018: pp 1-19

IEA (2022): World Energy Outlook 2022 of the International Energy Agency. Revised version, November 2022 Subject to the IEA’s Notice for CC-licensed Content, this work is licensed under a Creative Commons Attribution 4.0 International License.

IPCC (2023): Summary for Policymakers. In: Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Core Writing Team, H. Lee, and J. Romero (eds.)]. IPCC, Geneva, Switzerland, pp. 1-34, Doi: 10.59327/IPCC/AR6-9789291691647.001

- IRENA (2022): Geopolitics of the Energy Transformation: The Hydrogen Factor, International Renewable Energy Agency, Abu Dhabi.
- Jones, B. (2023): Temperature rising: the struggle for bases and access in the Pacific Islands. Brookings Institution Policy Brief February 2023
- Lingenhöhl, D. (2018): Tuvalu geht nicht unter - im Gegenteil Spektrum.de 16.02.2018
- Lockwood, N.J. (2013): International Vote Buying Harvard International Law Journal, Vol. 54, page 97-156 Volume 54, Number 1, Winter 2013
- Lum, T. (2004): The Marshall Islands and Micronesia: Amendments to the Compact of Free Association with the United States. May 3, 2004 Congressional Research Service CRS RL31737
- Lum, T. (2023): The Compacts of Free Association. Updated October 18, 2023 Congressional Research Service CRS IF12194
- Lum, T., Vaughn, B. (2017): The Pacific Islands: Policy Issues. February 2, 2017 Congressional Research Service CRS R44753
- Lum, T., Vaughn, B. (2022): The Pacific Islands. Updated November 28, 2022 Congressional Research Service CRS IF11208
- Masselink et al. (2020): Coral reef islands can accrete vertically in response to sea level rise. *Sci. Adv.* 2020; 6: eaay3656 10 June 2020, page 11 Distributed under a Creative Commons Attribution License 4.0 (CC BY).
- Moll, S. (2011): Hier sitzt ein Praktikant. *Financial Times Deutschland*, 21 Oct. 2011, S.25
- Ó Súilleabháin, A. (2014): *Small States at the United Nations: Diverse Perspectives, Shared Opportunities*, New York: International Peace Institute, May 2014
- Ortolland, D. (2022): *Weltseerecht. Le Monde Diplomatique* December 2022, p.1 and 12-13
- PIF (2014): *Framework for Pacific Regionalism. Pacific Islands Forum* July 2014
- Pohle, C. (2023): *Bougainville Seeks U.S. Support Amid Strategic Rivalry in the Pacific.* USIP, November 16, 2023
- Thelitz, N., Kelen, J. (2023): *Die letzte Landnahme. Neue Zürcher Zeitung* 07 Oktober 2023, p.36
- Tilghman, A. (2023): *Guam: Defense Infrastructure and Readiness.* August 3, 2023 Congressional Research Service CRS R47643
- Towey, H. (2022): *A record number of Americans applied for second citizenship in 2022. These are the 11 countries where you can buy a golden passport.* *Business Insider* 21 Feb 2023
- Tuck, M.E. et al. (2021): *Sediment supply dampens the erosive effects of sea-level rise on reef islands.* *Nature Scientific Reports* | (2021) 11:5523 This article is licensed under a Creative Commons Attribution 4.0 International License, <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.
- Tuvalu (2019): *Tuvalu Follow-up of the Implementation of the Istanbul Programme of Action (IPoA) for the Least Developed Countries, 2019* Government of Tuvalu
- UN (2017): *Subregional program document for the Pacific Island Countries and Territories (2018-2022)* Executive Board of the United Nations Development Program, the United Nations Population Fund, and the United Nations Office for Project Services DP/DSP/PIC/2 Second regular session 2017 5-11 September 2017, New York

UPEI (2007): Pitcairn. University of Prince Edward Island (UPEI) Institute of Island Studies, UPEI

USAID (2022): Pacific Islands Strategic Framework. March 11, 2022 Approved for Public Release, 43 pages

Vreeland, J.R. (2019): Corrupting International Organizations. Woodrow Wilson School and Department of Politics, Princeton University, *Annu. Rev. Political Sci.* 2019. 22:205–22

Wadewitz, F. (2012): Dieser Mann hat eine Botschaft. *Financial Times Deutschland*, 27. April 2012, page 27

Washington Post (2019): Tuvalu is a tiny island nation of 11,000 people. It's cashing in thanks to Twitch. 23 Dec 2019

White House (2022): Pacific Partnership Strategy of the United States. September 2022

Wilkins, K. (2023): Economic Developments in the South Pacific Reserve Bank of Australia. June 2023

WMO (2023): Global temperatures set reach new records next five years. World Meteorological Organization (WMO). <https://public.wmo.int/en/media/press-release/global-temperatures-set-reach-new-records-next-five-years>

Yinusa, J.O., Lum, T. (2023): U.S.-Papua New Guinea Relations: Issues for Congress. Updated October 5, 2023 Congressional Research Service CRS IF11255

Zoll, P. (2018): Plant China eine Militärbasis in der Südsee? *Neue Zürcher Zeitung* 16 April 2018, p.5

Zoll, P. (2023): Australien nimmt Klimaflüchtlinge aus Tuvalu auf. *Neue Zürcher Zeitung*, 13 Nov 2023

Zoll, P. (2024): Erste Strafaktion Chinas nach der Wahl in Taiwan. *Neue Zürcher Zeitung*, 16 Jan 2024